

Kristina Notz

Energie für Europa – Im Spannungsfeld von Sicherheit, Wettbewerb und Nachhaltigkeit

Globale und europäische Herausforderungen im Energiebereich

Die aktuellen Probleme und künftigen Entwicklungen im Energiesektor werden durch sehr negative globale Risiko-Szenarien beschrieben. Ausgangsproblem sind die Erschöpfung der Energieressourcen und der gleichzeitig steigende Energieverbrauch. Europa ist als hoch industrialisierte Region besonders stark von folgenden Problembündeln betroffen:

- *Ressourcenknappheit:* Der Energiebedarf wird heute überwiegend durch die fossilen, klimaschädlichen Energieträger Kohle, Öl oder Gas gedeckt. Ein grundlegender Wechsel zu nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energiequellen oder alternativer Energiegewinnung ist nicht in Sicht. Die Vorräte des wichtigsten Energieträgers Erdöl werden jedoch in den kommenden Jahrzehnten immer knapper werden. 40 Prozent aller weltweiten Rohölvorkommen sind bereits erschöpft. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA) wird spätestens 2030 das Angebot an konventionellem Öl die Nachfrage nicht mehr decken können. Ähnliches gilt für Erdgas, wofür die Ressourcen bei derzeitigem Verbrauch noch für etwa 60 Jahre reichen.
- *Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum:* Die Energieversorgung für eine rasch wachsende Weltbevölkerung ist kaum noch zu gewährleisten. Im Jahr 2030 werden rund acht Milliarden Menschen auf der Erde leben, fast ein Drittel mehr als heute. In Verbindung mit dem rasanten Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern China und Indien wird der „Energiehunger“ dieser Länder zu einem ansteigenden Verbrauch führen. Wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden, steigt der globale Energiebedarf nach Schätzungen der IEA bis 2020 um ein Drittel. Europa als eher rohstoffarmer Kontinent wird dadurch einem globalen Wettbewerb um die begrenzt vorhandenen Energieressourcen ausgesetzt.
- *Klimawandel:* Den Gefahren durch die globale Erwärmung stehen mangelhafte Umsetzungsversuche einer europäisch-globalen Klimaschutzpolitik gegenüber. Trotz der Verpflichtungen durch die UN-Klimarahmenkonvention steigen die Kohlendioxid-Ausstöße weltweit weiter. Auch einige EU-Mitgliedstaaten verfehlen die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Reduzierungsziele. Die Fortschritte bei Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien gehen zu langsam voran. Die EU wird ihr Ziel, bis zum Jahr 2010 den Anteil erneuerbarer Energien von rund 13 Prozent (2004) auf 21 Prozent zu erhöhen, ohne eine grundlegende Trendwende nicht erreichen können. Bei der Suche nach Alternativen werden die Perspektiven der Nutzung von Kernenergie innerhalb der EU gegenwärtig kontrovers diskutiert.

Energiebedarf wächst

Wettbewerb um Ressourcen

Globaler Klimawandel

- *Importabhängigkeit:* Es bestehen ernsthafte Risiken bei der Energieversorgung durch die zunehmende Abhängigkeit Europas und des Westens von Regionen und Drittländern, die politisch instabil sind und/oder autokratisch regiert werden. Die Anhäufung regionaler Krisen und innenpolitischer Instabilitäten in den Rohöl- und Erdgas produzierenden Staaten und Transitländern stellen ein großes Sicherheitsrisiko für die EU dar (Iran, Irak, Naher Osten, Nordafrika, Ukraine). Hinzu kommt, dass der Anteil der Erdöl- und Erdgasimporte an der Gesamtversorgung der EU-25 bereits heute bei knapp 50 Prozent liegt und voraussichtlich bis ins Jahr 2030 auf 70 Prozent ansteigen wird. Allein Russlands Anteile belaufen sich hierbei auf über 30 Prozent; es ist damit der wichtigste Energielieferant für Europa.

Abhängigkeit Europas

Vor diesem Hintergrund befasst sich der vorliegende Beitrag mit den Perspektiven einer europäischen Energiepolitik. Diese umfasst eine interne und eine externe Dimension. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sicherung der Versorgungsunabhängigkeit der EU. Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, die sich der EU im energiepolitischen Bereich bieten, um auf die Problemlage mit einem gesamteuropäischen Konzept zu antworten.

Interne und externe Aspekte von Energiepolitik in Europa

Hohe Energiepreise belasten die europäische Wirtschaft und wirken sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus. Die Unternehmenskonzentration auf dem Energiemarkt nimmt aufgrund von Fusionen zu. Der Liberalisierung des Energiebinnenmarkts, dessen Vollendung die EU bis Juli 2007 anstrebt, stellen sich Hindernisse in den Weg. Erforderlich sind eine höhere Transparenz auf den Energiemärkten sowie eine stärkere Integration und Vernetzung nationaler Energiemärkte, eine Abstimmung zwischen den Akteuren im Energiebereich, eine effizientere Nutzung von Energie sowie eine anhaltende Förderung erneuerbarer Energien (Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse, Geothermik, Windkraft). Jede Nachlässigkeit und Verzögerung in diesen Feldern hat Auswirkungen auf die Umwelt und beeinflusst gleichzeitig das Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial in der EU. Die größte Herausforderung für die EU ist, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Energieversorgungssicherheit in Balance zu halten. Wachstum und Nachhaltigkeit stehen teilweise in einem Zielkonflikt zueinander, zu dessen Lösung der EU die Verbesserung der Energieeffizienz heranziehen möchte. Ein Grünbuch der Europäischen Kommission über Energieeffizienz („Weniger kann mehr sein“, 22. Juni 2005) will in diesem Zusammenhang auf die europa- und weltweite Stärkung und Förderung von Energieeffizienz hinwirken und benennt gezielte Verbesserungsmaßnahmen. Die Grundidee ist, dass durch die Einsparung von Energie der Klimaschutz und die Versorgungssicherheit verbessert werden, bei gleichzeitiger Stärkung der technologischen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Europas (vgl. Ulrike Nuscheler, Jahrbuch der Europäischen Integration 2005). Da dies umfassender Lösungen bedarf, sind für die EU-Staaten zudem eine engere Zusammenarbeit nach innen, eine intensivere Koordinierung der Energiepolitik auf supranationaler Ebene und eine Abstimmung mit anderen Politikbereichen, insbesondere mit der Umwelt- und Verkehrspolitik, aber auch der Regional-, Beschäftigungs- und Wachstumspolitik notwendig.

Zielkonflikte in der Energiepolitik

Interdependenz von Politikbereichen

Da die EU-Länder ihren Energiebedarf größtenteils durch Importe decken müssen, reagieren sie besonders empfindlich auf das Problem der Energiesicherheit. An der unvermeidbaren Abhängigkeit, speziell bei Erdgas, manifestiert sich die außenpolitische Dimension des Themas Energie. Auch wenn die sensiblen Zusammenhänge im Energiebereich schon seit längerer Zeit hinreichend bekannt waren, so sind sie tatsächlich erst durch die Brisanz der jüngsten Ereignisse ins europäische Bewusstsein gerückt. Dazu zählt vor allem der anhaltende Konflikt um das Atomprogramm des Iran. Ferner wurde infolge des Streits um russische Gaslieferungen an die Ukraine zu Jahresbeginn 2006 die direkte Abhängigkeit von Russland spürbar. Als der russische Monopolist Gazprom im Frühjahr auch der EU mit Liefersenkungen drohte, falls seine Interessen am direkten Zugang auf dem europäischen Markt nicht genügend Beachtung fänden, wurde deutlich, dass der politische Handlungsspielraum der EU de facto reduziert ist – nicht nur bei Versorgungskrisen (siehe Financial Times Deutschland, „Gazprom droht Europa im Energiepoker“, 20.04.2006). Seitdem muss sich Europa nicht nur fragen, wie sicher seine Energieversorgung mit Gas ist und wie diese diversifiziert werden kann, sondern auch, ob Energielieferungen als politisches Druckmittel gegen Europa eingesetzt werden könnten.

Druckmittel Energie

Um beiden Aspekten Rechnung zu tragen, wurden auf EU-Ebene Ziele definiert und eine Reihe von Fragen aus den Bereichen gestellt, in denen Schritte unternommen werden müssen, damit die Herausforderungen im Energiebereich für Europa zu bewältigen sein werden.

Energiepolitik der EU: Ziele, Herausforderungen, Probleme

Ziele und Fragestellungen

Die drei zentralen Ziele europäischer Energiepolitik sind die Förderung der Nachhaltigkeit, die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und die Erhöhung der Versorgungssicherheit. Wie die Europäische Kommission in ihrem Grünbuch zu Energie „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ vom 8. März 2006 darlegt, sollen diese Prinzipien in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. In diesem Kontext stellen sich Fragen, die für eine europäische Energiepolitik Berücksichtigung finden müssen:

Grünbuch der Kommission

– *Wettbewerbsfähigkeit und Energiebinnenmarkt*

Ist man sich innerhalb der EU über die grundlegende Bedeutung eines wirklichen Binnenmarkts zur Unterstützung einer gemeinsamen europäischen Energiestrategie einig? Wie können Hindernisse bei deren Durchführung beseitigt werden? Welche neuen Maßnahmen müssten noch ergriffen werden, um das Ziel des Energiebinnenmarktes zu erreichen? Wie kann die EU Anreize für die umfangreichen Investitionen schaffen, die im Energiesektor erforderlich sind? Wie kann sichergestellt werden, dass alle Europäer Zugang zu Energie zu angemessenen Preisen haben?

– *Diversifizierung des Energieträgermixes*

Was sollte die EU tun, um sicherzustellen, dass Europa als Ganzes eine (klima-freundliche) Energiediversifizierung fördert?

– *Solidarität*

Welche Maßnahmen müssen auf europäischer Ebene ergriffen werden, um Energieversorgungskrisen zu verhindern? Wie sollen die EU-Staaten damit umgehen, falls dennoch Krisen eintreten? Braucht die EU eine „Energiebeistandsklausel“?

– *Nachhaltige Entwicklung*

Wie kann eine europäische Energiestrategie am besten dem Klimaschutz Rechnung tragen? Wie kann man die Ziele Umweltschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit miteinander vereinbaren? Sind weitere Ziele angebracht? Wie sollte die EU den Ausbau sauberer und erneuerbarer Energien gestalten? Wie kann das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung auch in anderen Regionen der Welt verankert werden? Wie kann Europa hier eine Vorreiterrolle spielen?

– *Innovation und Technologie*

Durch welche Maßnahmen und mit welchen Instrumenten kann Europa auch zukünftig seine weltweite Führung bei Energietechnologien sichern? Welche Chancen und Verpflichtungen resultieren aus dieser Führungsrolle?

– *Außenpolitik*

Sollte es eine gemeinsame Energieaußenpolitik geben, damit die EU mit einer Stimme sprechen kann? Wie können die EU und die Mitgliedstaaten die Versorgungsvielfalt, vorrangig beim Erdgas, fördern? Wie kann die EU ihre Abhängigkeit bei Energieimporten am effektivsten reduzieren? Sollte sie neue Partnerschaften mit ihren Nachbarn, einschließlich Russland, und mit den anderen Erzeuger- und Verbraucherländern der Welt schließen?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird von der Kommission im Dezember 2006 ein Weißbuch erwartet, in dem sie auch ihre zukünftigen energiepolitischen Schwerpunkte vorlegen möchte. Bis Ende 2006 soll die Kommission eine EU-Energiestrategie vorlegen, die der Europäische Rat bei seiner Tagung im Frühjahr 2007 annehmen will.

Energiestrategie der EU

Bisherige Schritte der EU in Richtung einer gemeinsamen Energiepolitik

Als Ausgangsdokument für eine EU-Energiepolitik gilt im Moment das bereits erwähnte Grünbuch der Europäischen Kommission vom 8. März 2006, in dem erstmals eine europäische Energiestrategie vorgeschlagen wird. Auf dieser Grundlage begannen beim diesjährigen Frühjahrsgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 23./24. März 2006 Diskussionen um die Möglichkeit, eine Energiepolitik auf EU-Ebene zu etablieren. Auf dem Gipfel wurde eine Reihe von Beschlüssen zur Energiepolitik verabschiedet. Zum Beispiel soll der Anteil erneuerbarer Energieträger in der EU bis zum Jahr 2015 auf 15 Prozent erhöht und der Energieverbrauch in den nächsten 15 Jahren um 20 Prozent reduziert werden. In den Schlussfolgerungen rief der Vorsitz zu einer „Energiepolitik für Europa (EPE)“ auf und forderte den Rat und die Kommission dazu auf, ein Maßnahmenpaket mit einem klaren Zeitplan auszuarbeiten. Dieses soll im Frühjahr 2007 nach Prioritäten gestaffelt als Aktionsplan vom Europäischen Rat angenommen werden.

Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs

Nach Ansicht der Kommission und des EU-Außenbeauftragten Javier Solana könnten noch vor 2007 sofortige Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Sie schlagen diese in ihrem Papier „Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich“ vom 2. Juni 2006, mit dem sie einen Beitrag zur Entwicklung einer EU-Energiestrategie leisten.

Projekt *Nabucco* veranschaulicht gemeinsame Bestrebungen

Da es der EU vor allem darum gehen muss, die eigene Importabhängigkeit zu verringern, haben die Sicherung und die Diversifizierung der Energieversorgung oberste politische Priorität. Diese Bestrebungen veranschaulichen EU-Projekte wie *Nabucco*. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs sieht die Sicherung der europäischen Energieversorgung mit Gas „auf dem Spiel“ (Interview mit „Der Standard“ am 26.6.2006). Vor diesem Hintergrund treibt er zusammen mit den Energieministern Österreichs, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei den Bau der Erdgasleitung *Nabucco* voran. Die neue Pipeline zählt zu den wichtigsten EU-Projekten in diesem Politikfeld, denn sie soll eine Verbindung zwischen dem europäischen Gasmarkt und der kaspischen Region herstellen und ab 2011 zentralasiatisches Erdgas über die Türkei in die EU-Länder bringen. Damit ist *Nabucco* die erste einer Reihe von geplanten Versorgungsrouten durch Südeuropa, durch die die angestrebte Diversifizierung der Gaslieferungen zur europäischen Realität werden kann (siehe EurActiv.com: „Neue Pipeline verschafft EU Zugang zu kaspischem Erdgas“, 27.06.2006). Das Projekt ist darüber hinaus beachtenswert, da es den Gedanken verdeutlicht, dass die EU-Grenzen nicht gleich den Grenzen des europäischen Energiemarktes sind und Drittstaaten und Noch-nicht-EU-Mitglieder konkret in Projekte der EU eingebunden sind.

Diversifizierung der
Energietransportwege

Protektionismus und nationale Souveränität als größte Hürden

Auch wenn bei Betrachtung der gegenwärtigen und prognostizierten Lage die Forderungen nach einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik in den EU-Mitgliedstaaten mit Nachdruck formuliert werden, so zielt das Verhalten der politischen Entscheidungsträger nicht zwangsläufig in dieselbe Richtung. Diese Art von Widersprüchlichkeit stellt ein Hindernis bei der Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik auf EU-Ebene dar und lässt sich zunächst am Beispiel der Verfassung aufzeigen. Indem in Artikel III-256 des Verfassungsvertrags Bestimmungen zum Bereich Energie neu aufgenommen wurden, verankerten die EU-Staats- und Regierungschefs Energie erstmals als internen Politikbereich der EU. Da die negativen Voten der EU-Bürger im Ratifikationsprozess vorläufig aber zum Scheitern der Verfassung geführt haben, können die von den EU-Regierungen festgelegten Verfassungsbestimmungen nicht zur Anwendung kommen. Mit der Verabschiedung der Verfassung erklärten sich diese prinzipiell damit einverstanden, die Kompetenzen im Energiebereich mit der EU zu teilen und leisteten den bisherigen Aktivitäten der Union in diesem Politikfeld Vorschub. Ungeachtet dessen wird Energiepolitik heute als eine vorrangig nationale Angelegenheit angesehen.

Energiepolitik in der
Verfassung

Die Zwiespältigkeit der Europäer in Bezug auf eine Vergemeinschaftung der Energiepolitik ist auch am Treffen des Europäischen Rates im März 2006 erkennbar. Zwar haben die EU-Staats- und Regierungschefs der Energiepolitik insofern einen hohen Stellenwert eingeräumt, als Teil II der Schlussfolgerungen vollständig

dieser Thematik gewidmet wurde. Die politische Praxis weist indes in eine gegenläufige Richtung: Den von der Kommission vorgeschlagenen Neuerungen für eine gemeinsame Energiepolitik erteilten die Staats- und Regierungschefs eine vorläufige Absage, wie zum Beispiel der Einrichtung einer EU-Energiebehörde oder der Veröffentlichung von jährlichen Energieberichten.

Ebenso wurde im März 2006 die notwendige Debatte über den nationalen Wirtschaftsprotektionismus im Energiebereich vermieden. Wie das Konzept der EU der Bildung eines transnationalen Energiemarkts in Europa behindert wird, zeigt sich an Frankreichs Versuch, mit der Schnellfusion der heimischen Versorger *Suez* und *Gaz de France* ein Übernahmeangebot des Italieners *Enel* für Suez zu durchkreuzen. Ähnlich trifft der deutsche Energiegigant *E.on* in Spanien auf Widerstand gegen seinen Versuch, den spanischen Stromkonzern *Endesa* zu übernehmen. Im Laufe dieser sich zuspitzenden Streitereien um die Übernahmehemmnisse kamen immer mehr nationale Empfindlichkeiten zum Vorschein, welche derzeit in vielen europäischen Hauptstädten als Grundtendenz zu beobachten sind. Die überzeugten Verfechter *europäischer* Lösungen sind in der Minderheit.

Nationale Interessen
im Energiesektor

Ein weiteres Beispiel ist die Frage nach der Zuständigkeit bei der Bestimmung des Energiemixes. Die EU-Mitgliedstaaten sträuben sich hinsichtlich der Festlegung, welche Energiequellen in welchem Maße genutzt werden, ebenfalls gegen mögliche Einschränkungen ihres nationalen Kompetenzbereichs. Dass es „Sache jedes einzelnen Mitgliedstaats ist, seinen Energiemix zu wählen“, wurde beim Gipfel des Europäischen Rates am 15./16. Juni 2006 erneut bestätigt (siehe Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, S.11). Für eine verstärkt von Brüssel aus koordinierte Energiepolitik erweisen sich solche Tendenzen insgesamt jedoch als belastend und kontraproduktiv. Mit Blick auf die Abhängigkeiten der EU von Importen sind 25 (und bald 27) verschiedene Energiepolitiken mehr ein Hindernis denn ein Vorteil.

25 Energiepolitiken

Somit lassen sich im Ganzen zwei Feststellungen treffen: Der Atomstreit mit dem Iran und die Abhängigkeit von Russland verdeutlichen auf der einen Seite, dass bislang weder eine kohärente Energieaußenpolitik noch eine gemeinsame europäische Energiepolitik existiert. Die Ereignisse untermauern andererseits einen dringenden Handlungsbedarf. Sie haben die Rufe nach einer in Brüssel koordinierten Energiepolitik lauter werden lassen und zu einer raschen Prioritätensetzung von Energiepolitik auf der EU-Agenda geführt. Gleichwohl beruht diese aber weniger auf dem politischen Willen der EU-Mitglieder, sich im Energiebereich zu integrieren, als vielmehr auf der äußeren Drucksituation der letzten Monate. Die Gaskrise Anfang 2006 und die Übernahmestreitereien haben zudem die größte Schwachstelle der europäischen Energiepolitik offen gelegt: Nationale Interessen verhindern derzeit eine wirklich gemeinsame Energiepolitik.

Druck von außen

Intensivierung energiepolitischer Beziehungen als Handlungsoption

Sieht man davon ab, dass die Umsetzung konkreter Schritte zurzeit noch weniger aussichtsreich ist, als es die Absichtserklärungen von Europas politischer Elite bisweilen vermuten lassen, so können einige prinzipielle Handlungsoptionen formuliert werden. Das Thema Energie sollte grundsätzlich verstärkt als Teil der EU-Politik verstanden werden. Hier würde eine stärkere Zusammenarbeit einen klaren europäischen Mehrwert bedeuten. Es hat sich gezeigt, dass Energiepolitik vielfältige Verknüpfungspunkte mit Wirtschafts- und Sozialpolitik, Außenpolitik,

Umweltpolitik und Forschungspolitik hat. Ein europäischer Ansatz zur Energiepolitik sollte dies ebenso beachten wie die nationalen Besonderheiten in den Mitgliedstaaten. Ferner muss berücksichtigt werden, dass die Grenzen der EU nicht mit den Grenzen des politischen Raums übereinstimmen, für den eine Energiepolitik formuliert werden muss. Öl und Gas werden auch zukünftig aus Russland, Zentralasien, aus Nahost und dem Mittelmeerraum stammen und ihre Transportroute durch Länder in der Nachbarschaft der EU nehmen. Aus diesem Grund sollte langfristigen Kooperationen im pan-europäischen Raum noch größere Bedeutung zugemessen werden.

Geostrategischer Ansatz

Die nachfolgenden Optionen können umgesetzt werden, auch wenn es noch an der Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten mangelt, nationale Zuständigkeiten im Energiebereich an die EU (teilweise oder ganz) zu übergeben. Vor allem die engere Abstimmung der externen Politik der EU bzw. der Ausbau energiepolitisch relevanter Außenbeziehungen im Sinne einer kohärenten Energieaußenpolitik ist angesichts der Herausforderungen sinnvoll. Eine solche kann mehrere Bereiche umfassen:

Energieaußenpolitik

- *EU-Russland:* Da Russland eine Schlüsselrolle in der Sicherung der Energieversorgung Europas innehat, sollte die EU ihre Partnerschaft und den Dialog mit Russland intensivieren und effizienter gestalten. Hierzu gehört vor allem das weitere Drängen der EU auf die noch ausstehende Ratifizierung des Energiechartavertrags und dessen Transitprotokolle durch Russland. Die Liberalisierung des russischen Energiemarktes ist von vorrangiger Bedeutung für die EU, da dadurch der Zugang für Akteure aus der EU möglich würde. Die EU sollte sich für die wechselseitige Integration und Öffnung der Energiemärkte einsetzen.
- *Energieeffizienz:* Die EU sollte beim Thema Energieeffizienz und regenerative Energien weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen und ihr Wissen und Kompetenz dazu exportieren. Damit verbunden ist, der Nutzung regenerativer Energien in den EU-Mitgliedstaaten höchste Priorität einzuräumen. Dazu müssen die EU-Ausgaben und Investitionen für Forschung, Technologie und Innovation in diesem Bereich signifikant erhöht werden. Eine entsprechend ausgerichtete Energieforschung (z.B. zur Entwicklung sauberer Kohletechnologien) sollte wesentlich stärker im 7. Forschungsrahmenprogramm (2007-2013) verankert werden.
- *EU-Schwellenländer:* Europa kommt hinsichtlich Nachhaltigkeit und Energieeffizienz eine Vorbildfunktion gegenüber der restlichen Welt zu. Die EU und ihre Mitgliedsländer können Einsparmöglichkeiten für Energie aufzeigen. Dieses Potenzial sollte für einen intensiven bilateralen Dialog mit den Schwellenländern China und Indien genutzt werden, da deren prognostizierter Energiebedarf angesichts der Ressourcenknappheit ein globales Problem darstellt.
- *EU-USA:* Die EU sollte auch den transatlantischen Dialog und die Zusammenarbeit mit dem Höchstverbraucher USA hinsichtlich Nachhaltigkeit und effizienter Energienutzung intensivieren. Die USA sind Vorreiter einer strategischen Energiepolitik. Ihre regionale Diversifikation der Bezugsquellen und die Absicherung der Lieferströme sind zukunftsweisend. Im Sinne eines konstruktiven Lernens voneinander sollte die EU die geopolitische Dimension der energiepolitischen Sicherheitsfragen anerkennen und den Bereich „Energie“ als zentrale Komponente in ihren sicherheitspolitischen Überlegungen verankern.

- *Erhöhung der Energiesicherheit:* Die EU-Länder sollten neben der Reduzierung ihrer Abhängigkeit von Importen aus einem bestimmten Land oder Region zudem über eine EU-interne „Beistandsregel“ für den Energiebereich nachdenken. Im Fall von Versorgungskrisen, Lieferengpässen oder auch Energie-Erpressungsversuchen würden demnach die EU-Länder ihre Energievorräte miteinander teilen und so füreinander einstehen. Dadurch könnte insgesamt ein höheres Maß an Sicherheit und im Krisenfall für alle EU-Länder ein gleiches Niveau an Versorgungssicherheit hergestellt werden. Zusätzlich würde damit verhindert werden, dass die EU-Mitglieder gegeneinander ausgespielt werden. In der Funktionsweise ist die Regelung mit einem Verteidigungsbündnis vergleichbar. Die Realisierung eines solchen *Energiesolidarbündnisses* ist auch in Form von differenzierter Integration für gewillte EU-Mitgliedstaaten denkbar. Um dies zu realisieren, ist unter anderem eine höhere Transparenz der nationalen Energiemärkte anzustreben, zum Beispiel in Bezug auf die Offenlegung der Speicherkapazitäten von Erdöl- und Erdgasvorräten.

Ausblick: Energie – eine Legitimationschance für die EU?

Laut der Januar-Umfrage 2006 des Eurobarometer sprechen sich die EU-Bürger mit 47 Prozent mehrheitlich dafür aus, dass Entscheidungen zu den neuen Herausforderungen im Energiebereich, etwa zur Energieversorgungssicherheit, zum wachsenden Energieverbrauch und zum Klimawandel, auf der europäischen Ebene getroffen werden (vgl. „Attitudes Towards Energy“, Eurobarometer Special No. 247, 24.01.2006). Die EU bekommt somit von unerwarteter Seite Unterstützung, die sie nutzen sollte, indem Energie als bürgernahes Thema in den Vordergrund gestellt wird. Es liegt im grundlegenden Interesse der EU, ihr Ansehen unter den Bürgern zu verbessern. Durch eine stimmige und transparente Energiepolitik aus Brüssel können sich die Akzeptanz und die Legitimität der EU beim Bürger erhöhen. Erfolge hinsichtlich Energiesicherheit sind eine Chance für die EU, den unmittelbar größeren Nutzen einer Politik auf EU-Ebene im Vergleich zur nationalen Ebene aufzuzeigen. Somit leistet eine Europäische Energiepolitik womöglich auch einen Beitrag zur Beilegung der gegenwärtigen EU-Krise.

Energiesicherheit stärkt
Akzeptanz der EU

C·A·P
Centrum für angewandte
Politikforschung
© 2006

Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Telefon 089 · 2180 1300
Telefax 089 · 2180 1320
E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap.lmu.de